

## Deutschland/ Italien/ EU: Pläne für Asylager konkretisiert

In der Debatte um Auffanglager für Flüchtlinge in Nordafrika drängen Deutschland und Italien gemeinsam auf eine politische Umsetzung. Mitte August hatten der deutsche Innenminister Otto Schily (SPD) und sein italienischer Amtskollege Guisepppe Pisanu (Forza Italia) vereinbart, demnächst in der EU eine Initiative zur Einrichtung von Transitlagern für Migranten in Libyen und anderen Staaten Nordafrikas einzubringen. Der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi (Forza Italia) reiste daraufhin nach Libyen, um mit dem dortigen Machthaber Muammar al-Gaddafi über die Errichtung solcher Lager zu sprechen.

Über konkrete Beschlüsse bezüglich der Auffanglager wurde bisher nichts bekannt. Sicher ist, dass sich italienische Streitkräfte und Ordnungseinheiten künftig an der Überwachung der libyschen Hoheitsgewässer beteiligen, erklärte ein Sprecher Berlusconis.

So könne der Menschenhandel wirksamer bekämpft werden. Libyen werde seinerseits die Kontrollen im Landesinneren und an den Küsten verstärken. Der nordafrikanische Staat ist derzeit das wichtigste Transitland für Flüchtlinge und Auswanderer aus Afrika südlich der Sahara. Besonders die zwischen Libyen und Italien gelegene kleine italienische Insel Lampedusa war in den vergangenen Monaten verstärkt Flüchtlingsziel geworden (vgl. MuB 9/03). Ein Anlass für den Vorschlag für Auffanglager war auch der Konflikt um das deutsche Flüchtlingsschiff „Cap Anamur“ gewesen. Es hatte im Mittelmeerraum 37 Afrikaner in Seenot gerettet und nach Italien gebracht (vgl. MuB 6/04).

Bereits vor Berlusconis Tripolis-Besuch hatten die Innenminister von Deutsch-

land und Italien eine gemeinsame Initiative auf EU-Ebene für Flüchtlingslager in Nordafrika angekündigt. Pisanu und Schily wollen Anfang Oktober in Florenz ihren EU-Kollegen ein Konzept vorlegen. Danach soll eine Einrichtung geschaffen werden, die außerhalb der EU-Grenzen Asylgesuche entgegennimmt und prüft. Sie soll anerkannte Flüchtlinge einem Drittland zuweisen. Asyl in Europa sollen die Flüchtlinge nur auf freiwilliger Basis der jeweiligen Staaten erhalten. Zugleich ist zur Reduzierung der illegalen Migration eine Verwaltungsstelle außerhalb Europas vorgesehen, bei der EU-Staaten ihren Bedarf an legalen Einwanderern anmelden können.

Im Haus des noch bis Oktober zuständigen EU-Kommissars für Justiz und Inneres, António Vitorino, wird bereits an einem Modell gearbeitet, Flüchtlinge künftig in bzw. nahe der jeweiligen Krisenregion unterzubringen. Auch das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) denkt über derartige Lösungen nach. Sie unterscheiden sich dadurch von dem Schily-Vorschlag, dass eine spätere Einreise nach Europa dabei ausgeschlossen wird. Anerkannte Asylbewerber sollen zum Beispiel in nordafrikanischen Lagern versorgt werden, bis sich die Lage in ihrer Herkunftsregion verbessert hat. Die Kommission hat mit mehreren Ländern entsprechende Verhandlungen aufgenommen. Im Gegenzug bietet die EU höhere Entwicklungshilfe und eine Einwanderungsquote für Staatsbürger des kooperationswilligen Landes an. *chw*

Die Langfassung dieses Artikels ist in der Online-Ausgabe veröffentlicht: <http://www.migration-info.de>  
Weitere Informationen: <http://www.cittadinitalia.it>;  
[http://www.bafl.de/template/index\\_asylstatistik.htm](http://www.bafl.de/template/index_asylstatistik.htm)

### Inhalt

Deutschland/Italien/EU: Pläne für Asylager konkretisiert	1
Frankreich: Keine Proteste bei Einführung des Kopftuchverbots	1
Kurzmeldungen – Deutschland	2
Spanien: Neues Legalisierungsprogramm	2
Europa: Eurodac und Schengener Informationssystem	3
Sudan: Politischer Druck auf Regierung erhöht sich	3
Kongo: Massenflucht nach neuen Kämpfen	4
Neue Studie: Migration und Frauenhandel	4
Neue Institution: Gründung einer Muslimischen Akademie	5
Literatur	5
Veranstaltungen	6

## Frankreich: Keine Proteste bei Einführung des Kopftuchverbots

Ohne Proteste ist das Kopftuchverbot in Frankreich mit Beginn des neuen Schuljahrs in Kraft getreten. Nur wenige Schülerinnen wollten ihr Kopftuch nicht ablegen. Muslimische Organisationen, die das Verbot zwar ablehnen, verzichteten jedoch aus Solidarität mit zwei Ende August im Irak entführten französischen Journalisten auf Proteste. Islamische Extremisten im Irak versuchen, durch die Geiselnahmen eine Rücknahme des Kopftuchverbots zu erzwingen.

Am 23. August waren im Irak die beiden französischen Journalisten Christian Chesnot (Radio France International, RFI) und Georges Malbrunot (Figaro) sowie ihr syrischer Fahrer von einer islamistischen Gruppierung entführt worden. Die Entführer fordern die Rücknahme des Anfang September in Kraft getretenen Kopftuchverbots an französischen Schulen. Sie drohen mit der Ermordung der Entführten.

Nachdem die Forderung der Geiselnahmer in Frankreich bekannt wurde, solidarisierten sich eine Reihe muslimischer Organisationen und zahlreiche Muslime mit den Journalisten. In Paris kam es zu Demonstrationen gegen die Entführung. „Ich weigere mich hinzunehmen, dass mein Kopftuch mit Blut befleckt wird“, sagte Fatiha Ajbli vom Vorstand der Union der Islamischen Organisationen Frankreichs (UOIF). Mehrere Muslime baten sich im französischen Fernsehen

### Kurzmeldungen – Deutschland

#### Rückgang der Asylbewerberzahlen

Nach aktuellen Angaben des Bundesinnenministeriums (BMI) ist die Anzahl der in Deutschland gestellten Asylanträge deutlich gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr wurden von Januar bis August 2004 rund 30% weniger Asylgesuche gestellt (24.501 Anträge, Jan.–Aug. 2003: 34.607). Herkunftsländer der Antragsteller sind für diesen Zeitraum die Türkei, gefolgt von Serbien und Montenegro sowie der Russischen Föderation und Vietnam.  
<http://www.bafg.de>

#### Berlin: Aufenthaltsrecht verlängert

Frauen, die Menschenhändlern zum Opfer fielen und bereit sind, gegen diese auszusagen, können in Zukunft im Land Berlin ein Aufenthaltsrecht von bis zu einem Jahr erhalten. Bisher wurde lediglich eine dreimonatige Duldung ausgesprochen.

#### Berlin: Polizei verbietet Islam-Kongress

Die Berliner Polizei hat Ende September den für Anfang Oktober in Berlin geplanten „Ersten Arabischen Islamischen Kongress in Europa“ verboten. Innensenator Ehrhart Körting (SPD) begründete dies mit „Hetze“ im Aufruf zu dem Treffen. Auf der Website zum Kongress wurde der Widerstand gegen „amerikanischen, zionistischen Terror“ bejaht. Auch Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hatte sich für die Verhinderung des Treffens eingesetzt.

#### Deutschland: Klage Kaplans

Wegen angeblicher Verletzung seiner Persönlichkeitsrechte durch den Verfassungsschutz hat der Islamistenführer Metin Kaplan vor dem Verwaltungsgericht Berlin Klage eingereicht (Akz. VG 34 A 62.04). Die Observation ginge nach seiner Auffassung und der seiner Anwältin Ingeborg Naumann zu weit. Mit der Klage geht das juristische Verwirrspiel um Kaplan weiter, dessen Abschiebung noch immer vorgesehen ist (vgl. MuB 7/03, 4 und 5/04).

als Austausch für die Geiseln an. Eine Delegation von drei hohen Verantwortlichen der muslimischen Gemeinschaft Frankreichs reiste Anfang September nach Bagdad, um sich für die Freilassung der entführten Journalisten einzusetzen. Die drei Geiseln sind bis heute in der Gewalt ihrer Entführer.

Das Gesetz zum Verbot auffälliger religiöser Zeichen an öffentlichen Schulen trat dennoch mit Beginn des neuen Schuljahres am 2. September in Kraft. Es bezieht sich explizit nicht nur auf Kopftücher, obwohl diese der Ausgangspunkt des Gesetzgebungsverfahrens waren. Auch das Tragen von jüdischen Kippas und großen Kreuzen ist an öffentlichen Schulen künftig nicht mehr erlaubt (vgl. MuB 1/04, 5/03).

Die Einführung der neuen Regelung verlief weitgehend konfliktfrei. Nach Angaben des französischen Bildungsministers François Fillon (UMP, konservativ) erschienen am ersten Schultag nur etwa 240 Schülerinnen mit einem Kopftuch in ihrer Schule. 170 von ihnen legten ihr Kopftuch nach einem

Gespräch am Schuleingang ab. Mit den übrigen Mädchen wurden, gemeinsam mit ihren Eltern, weitere Gespräche geführt.

Dass die Einführung des Gesetzes relativ reibungslos ablief, hängt auch damit zusammen, dass muslimische Organisationen, die gegen das Kopftuchverbot sind, wegen der Entführung der Journalisten auf Proteste verzichteten. Die Imame aller führenden Moscheen riefen die Mädchen auf, die Kopftücher vor dem Betreten der Schulen abzunehmen. In Straßburg setzen Pro-Kopftuch-Aktivistinnen ihre Telefonhotline aus, bei der sich Schülerinnen Tipps zur Umgehung des Gesetzes holen können.

Zudem war die Einführung des Kopftuchverbots an vielen Schulen langfristig vorbereitet worden. Seit der Verabschiedung des Gesetzes am 15. März 2004 wurden Informationsveranstaltungen und Gespräche mit Eltern und Schülern organisiert.

In Paris wurde am ersten Schultag auch drei Turban tragenden Sikhs der Zugang zum Unterricht verweigert. Die Sikh-Gemeinde will dagegen Protest einlegen, da sie ihrer Ansicht nach nicht von dem neuen Gesetz betroffen ist. In einer Stellungnahme aus dem Bildungsministerium heißt es dazu: „Das Gesetz bezieht sich auf alle, ohne Unterschied“. Wie solle man den Muslimen erklären, warum der Turban, nicht aber das Kopftuch erlaubt seien. *me*

Weitere Informationen:

<http://www.premier-ministre.gouv.fr/fr/p.cfm?ref=41691> (Informationen zum Gesetz, frz.); <http://www.diplomatie.gouv.fr/actu/article.asp?ART=44107> (Informationen zu den entführten Journalisten, frz.); [http://oumma.com/rubrique.php?id\\_rubrique=42](http://oumma.com/rubrique.php?id_rubrique=42) (muslimische Website, frz.); <http://www.mosquee-de-paris.org/portail/index.php?option=content&task=view&tid=180 &Itemid=2> (frz.)

## Spanien: Neues Legalisierungsprogramm

Die erst seit Frühjahr 2004 amtierende sozialistische Regierung Spaniens (PSOE) hat Mitte September ein Programm zur Regularisierung

von illegal beschäftigten Ausländern angekündigt. Es handelt sich hierbei um das vierte Legalisierungsprogramm seit der Verabschiedung des ersten Ausländergesetzes im Jahr 1985 (vgl. MuB 10/03).

Im Gegensatz zu den früheren Programmen, bei denen der Nachweis eines längeren Aufenthalts in Spanien zur Legalisierung des Status ausreichte, stützt sich die jetzige Maßnahme auf die Stellung der Migranten auf dem Arbeitsmarkt. Dabei setzt die PSOE-Regierung zunächst auf die Kooperation seitens der Arbeitgeber. Ihnen wird Straffreiheit gewährt, wenn sie zur Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden bereit sind und die illegale Beschäftigung von Ausländern melden. Der illegal beschäftigte Migrant erhält in diesem Fall eine temporäre Aufenthaltserlaubnis für die Dauer des Arbeitsvertrages, der mindestens ein weiteres Jahr betragen muss. Neben einer Beschäftigung muss er jedoch auch einen längeren Aufenthalt in Spanien nachweisen, wobei die Mindestdauer noch nicht bekannt ist. Nach dieser Übergangsphase ist dann eine Verschärfung der Kontrollen sowie der Strafen für illegale Beschäftigung vorgesehen.

Ferner sollen illegal beschäftigte Ausländer die

Möglichkeit erhalten, ihren Arbeitgeber anzuzeigen. Der Arbeitnehmer kann dann entweder straffrei in sein Heimatland zurückkehren und über ein Kontingentprogramm erneut nach Spanien einreisen oder ein temporäres Visum zur Arbeitssuche beantragen. Der Arbeitgeber kann einer Strafe entgehen, wenn er rückwirkend die Sozialbeiträge zahlt und ihn mindestens für ein weiteres Jahr beschäftigt.

Arbeits- und Sozialminister Jesús Caldera (PSOE) begründete die Initiative in erster Linie mit der enorm gestiegenen Zahl von Ausländern ohne legalen Aufenthaltsstatus. Diversen Schätzungen zufolge leben inzwischen rund 800.000 Einwanderer ohne legalen Aufenthaltsstatus in Spanien. Die legal ansässige ausländische Wohnbevölkerung beträgt rund 1,8 Mio. Personen. Caldera zufolge habe die restriktive Migrationspolitik der Vorgänger-Regierung unter José María Aznar (PP) das Ziel verfehlt, illegale Einwanderung zu reduzieren (vgl. Länderprofil Spanien, MuB 10/03).

Der konservative Oppositionsführer Mariano Rajoy (PP) hingegen bezeichnete die Gesetzesinitiative als „Einladung zur Illegalität“. Spanien wäre somit in den Augen der Schlepperorganisationen derjenige EU-Staat, in dem der Erhalt von Papieren am einfachsten sei, so Rajoy. *sta*

Die Langfassung dieses Artikels ist in der Online-Ausgabe veröffentlicht: <http://www.migration-info.de> Weitere Informationen unter: <http://www.mtas.es/migraciones/default.htm> (spanisch)

## Europa: Eurodac und Schengener Informationssystem

Noch in diesem Jahr entscheidet die EU-Kommission darüber, an wen der Auftrag vergeben wird, den Ausbau des Schengener Informationssystems technisch zu realisieren. Sowohl das automatische Fingerabdruck-Identifizierungs-System (Eurodac) als auch das Schengener Informationssystem (SIS) wurden einer Bewertung unterzogen. Die Europäische Kommission bewertet die Ergebnisse als sehr gut.

Die Eurodac-Datenbank ist ein polizeiliches Erkennungssystem zur Speicherung und zum Abgleich von Fingerabdrücken sowie weiterer Daten von Asylsuchenden, illegal eingereisten Personen und irregulär auf dem Gebiet eines Mitgliedstaates angetroffenen Personen. Erklärtes Ziel von Eurodac ist es zu verhindern, dass in den beteiligten Staaten Asylanträge doppelt gestellt werden. Ist dies der Fall, so wird der Asylbewerber in dasjenige Land zurückgeschickt, in dem seine Fingerabdrücke erstmalig erfasst wurden. Die Identifizierung einer Person durch die Abnahme von je zehn Fingerabdrücken gilt im Vergleich zur Gesichts- bzw. Iriserkennung derzeit als die sicherste Methode.

Mitte Januar 2003 ging das Eurodac-System im Rahmen des Schengener Abkommens in den EU-Staaten mit Ausnahme Dänemarks in Betrieb (vgl. MuB 1/99 und 1/03). Norwegen und Island sind ebenfalls daran beteiligt. Die Zentraleinheit befindet sich in Brüssel und wird von der Europäischen Kommission betrieben. Die abgenommenen Fingerabdrücke werden mit den digitalisierten Fingerabdruckdaten verglichen, die bereits von anderen beteiligten Staaten übermittelt und in die zentrale Datenbank eingegeben wurden.

In einem am 5. Mai dieses Jahres von der Europäischen Kommission vorgelegten ersten Jahresbericht zum Eurodac-System wird dessen Arbeit hinsichtlich Qualität, Effizienz, Dienstleistung und Kostenwirksamkeit als sehr gut bewertet. Insgesamt wurden laut Bericht im ersten Jahr seit der Einführung des Systems Fingerabdrücke von folgenden Personengruppen registriert: von 246.902 Asylbewerbern ab 14 Jahren, von 7.857 Personen, die illegal die Grenzen überquert hatten, und von 16.814 Personen, die sich illegal in einem Mitgliedstaat aufhielten. Dem Bewertungsbericht zufolge sind durch Eurodac innerhalb des ersten Jahres 17.287 Fälle von Doppelasylanträgen erfasst worden. Das heißt, 7% aller registrierten Personen haben mindestens einen zweiten Asylantrag im selben Land oder in einem weiteren EU-Land gestellt.

Ein weiteres europaweites Datenbanksystem stellt das Schengener Informationssystem (SIS) dar. Es ist ein staatenübergreifendes, computergestütztes polizeiliches Fahndungssystem, das in den Vertragsstaaten

des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ) den Online-Zugriff von etwa 50.000 Datenterminals aus ermöglicht. Das Schengener Informationssystem gliedert sich in einen Zentralrechner in Straßburg und in zurzeit 17 nationale Systeme (15 EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen).

Der Datenpool des SIS umfasste im Juni 2003 über 10,8 Mio. Fahndungsdaten. Darunter sind etwa 10 Mio. Sach- und rund 800.000 Personenfahndungsdaten. Bei den Daten handelt es sich um Angaben zu gesuchten Personen, gestohlenen Pässen, Führerscheinen oder entwendeten Fahrzeugen.

2002 wurden durch die SIS-Daten rund 17.000 Personen vorläufig festgenommen und in 350.000 Fällen wurde die Einreise verweigert. Bei den 800.000 gespeicherten Personenfahndungsdaten beziehen sich etwa 80% auf Asylbewerber und Flüchtlinge, die beim illegalen Grenzübertritt aufgegriffen wurden. Lediglich 1-2% machen gesuchte Straftäter und Vermisste aus.

Ein im Juni dieses Jahres erschienener Bericht der EU-Kommission zur Überführung des Schengener Besitzstandes in EU-Recht (Tampere-Programm) kommt zu dem Schluss, dass zur Verbesserung der Grenzkontrollen in der erweiterten EU die Einrichtung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) notwendig ist. Damit auch die neuen Mitgliedstaaten die EU-Außengrenzen besser kontrollieren können, müsse SIS II bis 2006 in Betrieb gehen, heißt es. Das Schengener Informationssystem soll nicht nur als Informations-, sondern auch als Ermittlungssystem dienen. Sowohl Polizei, Geheimdiensten, dem Zoll als auch der Justiz soll der Zugriff ermöglicht werden.

*Michael Wuttke, Berlin*

Weitere Informationen:

<http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/l33081.htm> (Beschreibung EURODAC); <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/l33020.htm> (Beschreibung SIS); <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/l33183.htm>; [http://europa.eu.int/comm/justice\\_home/doc\\_centre/asylum/fingerprints/doc/annual\\_report\\_eurodac\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/justice_home/doc_centre/asylum/fingerprints/doc/annual_report_eurodac_en.pdf) (Kommissionsbericht zum 1. Berichtsjahr von Eurodac); <http://unhcr.de/pdf/100.pdf> (Verordnung des Rates (EG) Nr. 2725/2000 „Eurodac“ (11. Dez. 2000) (L 316/1)); <http://unhcr.de/pdf/101.pdf> (Verordnung des Rates (EG) Nr. 407/2002 Durchführungsbestimmungen «Eurodac» (L62/1)); [http://www.europa.eu.int/comm/justice\\_home/doc\\_centre/intro/docs/bilan\\_tampere\\_de.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/justice_home/doc_centre/intro/docs/bilan_tampere_de.pdf) (Kommissionsbericht/Bilanz des Tampere-Programms und Perspektiven); [http://europa.eu.int/comm/justice\\_home/doc\\_centre/intro/docs/sec\\_2004\\_693\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/justice_home/doc_centre/intro/docs/sec_2004_693_de.pdf)

## Sudan: Politischer Druck auf Regierung erhöht sich

Im Konflikt um die von einer Flüchtlingskatastrophe heimgesuchte Region Darfur hat sich der Druck auf die sudanesishe Regierung verstärkt. Dies liegt einerseits an der neuen Sudan-Resolution der Vereinten Nationen (Resolution 1564) und andererseits daran, dass die US-amerikanische Regierung in diesem Zusammenhang erstmals öffentlich von Völkermord sprach.

In den letzten Wochen soll es nach UN-Angaben neue Vertreibungen gegeben haben. 50.000 Menschen seien

seit Beginn des Konflikts getötet worden und 1,4 Mio. Menschen jetzt auf der Flucht. Die Krise in der Region dauert bereits seit Monaten an. Hilfsorganisationen berichten vom Ausbruch der Gelbsucht und weiterer Seuchen in den Flüchtlingslagern (vgl. MuB 2/04, 4-6/04).

Die im September vom UN-Sicherheitsrat angenommene Sudan-Resolution kommentierte die Regierung in Sudans Hauptstadt Khartum als „unfair und ungerecht“ und sie widerspreche den Resolutionen der Afrikanischen Union (AU), wonach Afrika selbst für

die Lösung von Krisen auf dem Kontinent zuständig sei. Dennoch werde der Sudan die Resolution anwenden und „zusätzliche positive Maßnahmen treffen für eine Verbesserung der humanitären Versorgung und der Sicherheitslage“, sagte Vizepräsident Ali Osman Taha. Die Resolution sieht stärkere Friedenstruppen der Afrikanischen Union (AU), die Entsendung einer Kommission zur Untersuchung des Genozidvorwurfs und die Entwaffnung der Reitermilizen in 30 Tagen vor. Erstmals ist auf Anregung der USA auch mit Sanktionen im Ölsektor gedroht worden.

Das US-amerikanische Außenministerium veröf-

fentlichte indes einen Bericht, der die Befragung von sudanesischen Flüchtlingen im angrenzenden Tschad während der letzten beiden Monate auswertete. Er kommt zu dem Schluss, dass Regierungstruppen und die mit ihnen verbündeten Reitermilizen zahlreiche Gräueltaten an nichtarabischen Bewohnern in Darfur verübt hätten. Bei einer Anhörung im Senat erklärte Außenminister Colin Powell (Republikaner), diese Verbrechen entsprächen der in der Anti-Genozid-Konvention von 1948 verankerten rechtlichen Definition von Völkermord. Eine militärische Intervention werde jedoch derzeit nicht erwogen. *chw*

## Kongo: Massenflucht nach neuen Kämpfen

Im Osten der Demokratischen Republik Kongo haben wieder aufflammende Kämpfe zwischen verfeindeten Militäreinheiten zehntausende Menschen in die Flucht getrieben.

Die Friedensmission der Vereinten Nationen im Kongo (Monuc) nannte für die Provinz Süd-Kivu die Zahl von 150.000 Flüchtlingen. Angaben internationaler Hilfswerke bewegen sich zwischen 35.000 und 175.000. Der Beginn einer großflächigen ethnischen Vertreibung der ruandischen Bevölkerung wird befürchtet. Bereits im vergangenen Jahr wurde der Kongo von heftigen Bürgerkriegskonflikten heimgesucht (vgl. MuB 06/03).

Hintergrund der Kämpfe ist die jüngste militä-

rische Offensive, die der regierungstreue Armeekommandant der Region Süd-Kivu, Mbuza Mabe, gegen den abtrünnigen ruandischstämmigen General Laurent Nkunda startete. Die regierungstreuen Truppen bestehen zur Mehrzahl nicht aus regulären Soldaten, sondern aus den lokalen Mayi-Mayi-Milizen, die seit Jahren gegen die ruandischstämmige Minderheit im Ostkongo kämpfen. Damit nehmen die Auseinandersetzungen vor Ort die Form eines ethnischen Konflikts an. Viele nicht direkt von den Kampfhandlungen betroffene Angehörige der ruandischstämmigen Bevölkerung sind unter den Flüchtlingen. *chw*

Die Langfassung dieses Artikels ist in der Online-Ausgabe veröffentlicht: <http://www.migration-info.de>

## Neue Studie: Migration und Frauenhandel



In einer Studie vom September 2004 über „EU-Enlargement, Migration and Trafficking in Women: The Case of South Eastern Europe“, in Auftrag gegeben von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), haben Mitglieder der Migration Research Group des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs die Ursachen von Frauenhandel sowie den Zusammenhang zwischen Migration und Frauenhandel untersucht und anhand von Fallbeispielen über Rumänien, Moldau (ehemals Moldawien) und Bulgarien näher dargelegt. Hier ein Überblick:

Die Migration von Frauen mit dem Ziel, eine Arbeitsstelle im Ausland zu finden, ist kein neues Phänomen. So wanderten z.B. im 19. Jahrhundert junge irische Frauen in Massen in die USA aus, um der Armut in ihrem Land zu entfliehen. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren es vor allem Frauen aus Italien, Spanien und Portugal, die nach Großbritannien und später auch nach Frankreich emigrierten. In den 1960er und 1970er Jahren wurde die Zahl asiatischer Arbeitsmigranten im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung in den so genannten Tigerstaaten auf insgesamt 6 bis 7 Mio. Menschen geschätzt, wobei insbesondere Frauen für feinmotorische und Geduld erfordernde Produktionstätigkeiten nachgefragt wurden.

In den letzten Jahren hat eine verstärkte Arbeitsmigration von Frauen aufgrund von Armut, Perspektivlosigkeit und Diskriminierung aus den mittel- und osteuropäischen Ländern stattgefunden. Zielregionen der Frauen, die mehrheitlich in einer ersten Migrationswelle aus der Ukraine, den baltischen Staaten, Polen und Tschechien kamen und

nun aus Bulgarien, Rumänien und Moldau, sind meist Länder Westeuropas, Nordamerika, die Russische Föderation, Israel und die Golfstaaten. In Westeuropa gibt es neben dem Bedarf im Pflege- und Dienstleistungssektor (Kranken-, Altenpflege, Hotels und Gaststätten) ebenfalls steigenden Bedarf im informellen Sektor, wie z.B. in Privathaushalten, sowie illegale Tätigkeiten in der Landwirtschaft. Die Beschaffung entsprechender Arbeitsplätze erfolgt über informelle Netzwerke, welche durch die restriktive Arbeitsmarktpolitik der EU-Mitgliedstaaten und die Einführung von Übergangsregelungen für den Zugang zu den Arbeitsmärkten der EU-15 noch weiter vertieft werden (vgl. MuB 3/04).

Menschenhändler machen sich den großen Migrationsdruck der Frauen und die aus der restriktiven Arbeitsmarktpolitik resultierende Nachfrage für informelle Dienste zunutze. Zwar bieten „etablierte“ informelle Netzwerke eine sichere Vermittlung, jedoch haben viele Frauen und Mädchen keinen Zugang zu diesen Netzwerken und geraten stattdessen an Menschenhändler. Die Frauen kommen mehrheitlich aus einem armen, von Gewalt und Missbrauch geprägten familiären Umfeld und gehören oftmals einer Minderheit wie z.B. der Roma-Minderheit in Rumänien oder der türkischen Minderheit in Bulgarien an. Um ihrer schwierigen Lage zu entkommen, gehen sie auf Angebote und Anzeigen von Menschenhändlern ein, die einen Arbeitsplatz als Kinderhändler, Reinigungskraft oder Kellnerin versprechen. Dann werden sie jedoch in Zwangsarbeit ausgebeutet, oft zur Prostitution gezwungen. In vielen Fällen erreichen sie das angekündigte Zielland nicht, sondern werden in den Ländern Südosteuropas festgehalten. In Südosteuropa werden mutmaßlich

90% der ausländischen Frauen in der Sex-Industrie zwangsprostituiert, davon sind 10–15% unter 18 Jahren. *Tanja El-Cherkeh, Migration Research Group, HWWA*

Die Langfassung dieses Artikels ist in der Online-Ausgabe veröffentlicht: <http://www.migration-info.de>

Die Studie „EU-Enlargement, Migration and Trafficking in Women: The Case of South Eastern Europe“ ist erhältlich unter: [www.migration-research.org](http://www.migration-research.org) oder unter [http://www.gtz.de/traffickinginwomen/download/EU-Enlargement\\_and\\_Trafficking\\_Report\\_2004.pdf](http://www.gtz.de/traffickinginwomen/download/EU-Enlargement_and_Trafficking_Report_2004.pdf)

## Neue Institution: Gründung einer Muslimischen Akademie

Die neu gegründete „Muslimische Akademie in Deutschland“ wurde am 1. Juli dieses Jahres in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt.

Nach dem Vorbild deutscher Akademien, Stiftungen und politischer Bildungsinstitutionen soll die Muslimische Akademie bei der Organisation gesellschaftlicher Diskurse mitwirken sowie die gesellschaftliche und politische Mitgestaltung der Muslime in Deutschland fördern. Das Angebot von Seminaren, Fachtagungen, wissenschaftlichen Kolloquien und Diskussionen steht grundsätzlich jedem offen, richtet sich aber in erster Linie an die ca. 3,5 Mio. Musliminnen und Muslime, die in Deutschland leben.

Themenschwerpunkte sind Politik und Gesellschaft, Islamische Theologie und Philosophie, muslimisches Leben und die Begegnung von Religionen

und Kulturen.

Die Initiative zur Gründung der Akademie ging von einem Arbeitskreis aus, der unter Beteiligung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), der Werkstatt der Kulturen und der ehemaligen Berliner Ausländerbeauftragten Barbara John seit über einem Jahr mit inhaltlichen Vorarbeiten beschäftigt war.

Die Arbeit der Akademie, die eine Anerkennung als unabhängiger Träger politischer Bildung anstrebt, soll ausschließlich mit öffentlichen und privaten Mitteln aus Deutschland sowie der Europäischen Union finanziert werden. *js (i.A. der bpb)*

Kontakt und nähere Informationen:

[http://www.qantara.de/webcom/show\\_article.php/\\_c-469/\\_nr-158/i.html](http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-469/_nr-158/i.html); [http://www.bpb.de/presse/F1MAV7,0,0,Muslimische\\_Akademie\\_in\\_Deutschland\\_gegr%FCndet.html](http://www.bpb.de/presse/F1MAV7,0,0,Muslimische_Akademie_in_Deutschland_gegr%FCndet.html)

## Literatur

### Bildungsmigranten aus Afrika und Asien im geteilten und wiedervereinigten Deutschland

Das aktuelle Buch von Andrea Schmelz analysiert die Strukturen und Ziele des so genannten Ausländerstudiums in der DDR in den 1970er und 1980er Jahren und behandelt die biographischen Erfahrungen und Brüche von 20 Bildungsmigranten aus Algerien, Angola, Äthiopien, Simbabwe, Kamerun, Vietnam, der Mongolei und Laos nach der Wende von 1989. Die Bildungsmigranten berichten von ihrer Einreise in die DDR, von Ankunft und Einleben, von interkulturellen Zusammenleben, von Studium und Berufsleben vor und nach 1989, von der Grenzöffnung und von der erlebten Diskriminierung als Ausländer.

Andrea Schmelz: *Bildungsmigranten aus Afrika und Asien: Interkulturalität, Umbrüche und Neuorientierungen im geteilten und wiedervereinigten Deutschland*, Frankfurt/M. 2004. ISBN 3-8893-740-9, 148 S., Preis: 14 Euro. Die Publikation vom *Netzwerk Migration in Europa e.V.* kann im Internet bestellt werden unter <http://www.iko-verlag.de>.

Welt, Bestellnr. 2143

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Weltreligion Islam*, Bestellnr. 2153

Malise Ruthven: *Der Islam*, Bestellnr. 2153

**Neu bei der bpb:** Klaus J. Bade, Jochen Oltmer: *Normalfall Migration*, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004. ISBN: 3-89331-543-8, Bestellung unter: [http://www.bpb.de/publikationen/DV5XA9,,0,Normalfall\\_Migration.html](http://www.bpb.de/publikationen/DV5XA9,,0,Normalfall_Migration.html)

Muzaffer A. Chishti, Doris Meissner, Demetrios G. Papademetriou, Jay Peterzell, Michael J. Wishnie, Stephen W. Yale-Loehr: *America's Challenge: Domestic Security, Civil Liberties, and National Unity after September 11*, Migration Policy Institute, Washington, DC. 2003. Die Publikation ist online erhältlich unter:

[http://www.migrationpolicy.org/pubs/Americas\\_Challenges.pdf](http://www.migrationpolicy.org/pubs/Americas_Challenges.pdf)

Peter Futo, Michael Jandl (Hrsg.): *2003 Year Book on Illegal Migration, Human Smuggling and Trafficking in Central and Eastern Europe. A Survey and Analysis of Border Management and Border Apprehension Data from 19 States*. Wien 2004, ISBN: 3-900411-01-8, Preis: 39 Euro; Bestellungen an: [esther.dostal@icmpd.org](mailto:esther.dostal@icmpd.org)

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften, *iaf e.V.* gibt vierteljährlich eine Zeitschrift heraus. Die aktuelle Ausgabe (2/2004, ISSN 1430-8614) *Generation CrossOver* ist bikulturellen Jugendlichen und jungen Erwachsenen gewidmet. Themenschwerpunkte sind Selbst- und Fremdwahrnehmung, junge Flüchtlinge in Deutschland sowie die Identität von Aussiedlerkindern.

Kontakt per E-Mail: [verband-binationaler@t-online.de](mailto:verband-binationaler@t-online.de), im Internet:

Das Angebot der bpb an Print-Publikationen zu den Themenbereichen *Migration und Integration* sowie zu *Fragen des interkulturellen Dialogs und der Weltreligionen* wurde in den letzten beiden Jahren kontinuierlich ausgebaut: <http://www.bpb.de/publikationen/gesamtkatalog> Online-Bestellungen sind gegen Entrichtung der jeweiligen Bereitstellungspauschale möglich:

Steffen Angenendt (Hrsg.): *Migration und Flucht. Aufgaben und Strategien für Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft*, Bestellnr. 1342

Ralf Elger (Hrsg.): *Kleines Islam-Lexikon*, Bestellnr. 1383

Arnulf Zitelmann (Hrsg.): *Die Weltreligionen*, Bestellnr. 1394

Ulrich Herbert: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*, Bestellnr. 1410

Theodor Adel Houry: *Der Islam und die westliche*

**binationaler.de**, Inlandsjahresabonnement: 12 Euro (Ausland: 15 Euro).

Robert Holzmann, Rainer Münz: **Challenges and Opportunities of International Migration for the EU, Its Member States, Neighboring Countries and Regions: A Policy Note**, Institute for Futures Studies, Stockholm 2004; World Bank, Washington DC 2004; <http://www.framtidsstudier.se/eng/index.htm>; Online-Bestellung unter: [info@framtidsstudier.se](mailto:info@framtidsstudier.se)

Die Europäische Union ist eine wohlhabende und politisch stabile Region mit einer alternden und letztlich schrumpfenden Bevölkerung. Die Nachbarstaaten im Süden und Südosten sind ärmer, politisch weniger stabil, haben aber junge und wachsende Bevölkerungen. In dieser Situation ist die Wanderung aus ärmeren Ländern mit wachsenden Bevölkerungen in reichere demo-

graphisch stagnierende Länder unausweichlich. Die Frage ist nicht, wie dies verhindert werden kann, sondern wie dieser Prozess zu gestalten ist. Dieser Bericht nimmt im Hinblick auf internationale Migration eine Entwicklungsperspektive ein und stellt daher die Verringerung von Armut in den Vordergrund. Die grundlegende Idee ist, sowohl Herkunfts- als auch Empfängerländer sowie die einzelnen Migranten von der räumlichen Mobilität profitieren zu lassen.

Klaus J. Bade, Michael Bommers (Hrsg.): **Migration - Integration - Bildung. Grundfragen und Problembereiche**, 2004 Osnabrück. IMIS-Beiträge, 23/2004, herausgegeben für den Rat für Migration. Online-Bestellungen unter: <http://www.imis.uni-osnabrueck.de> oder [imis@uni-osnabrueck.de](mailto:imis@uni-osnabrueck.de)

## Veranstaltungen

### Vortrag und Diskussion

**Titel:** Zuwanderungsgesetz 2005: Was ist neu? Was bleibt? (Migrationsgespräche der Auslands-gesellschaft NRW)

**Veranstalter:** Auslands-gesellschaft NRW, Landes-zentrum für Zuwanderung NRW

**Datum / Ort:** 8. November 2004, 18:00 Uhr, Dortmund  
**Informationen:** Auslands-gesellschaft NRW, Steinstr. 48, 44147 Dortmund, Tel.: 0231/8380050; Fax: -27

### Kongress

**Titel:** Black Media Congress 2004

**Veranstalter:** Bundeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) Berlin und dem Forum Goethe-Institut

**Datum / Ort:** 29.-31. Oktober 2004; Haus der Kulturen der Welt, John-Foster-Dulles-Allee 10, 10557 Berlin  
**Informationen:** Dr. Heinrich Bartel: [bartel@bpb.de](mailto:bartel@bpb.de); im Internet: [http://www.bpb.de/veranstaltungen/EG7TGM,,0,Black\\_Media\\_Congress\\_2004.html](http://www.bpb.de/veranstaltungen/EG7TGM,,0,Black_Media_Congress_2004.html)  
Deutschland wird bis heute von seinen Nachbarländern oft als homogenes Land wahrgenommen, in dem die Anwesenheit von Menschen afrikanischer Herkunft ignoriert wird. Der Black Media Congress Berlin ist ein jährlich stattfindendes Event, das eine Plattform zur internationalen Vernetzung bietet.

### Projekttagung

**Titel:** CHICAM - Children in Communication about Migration

**Veranstalter:** Pädagogische Hochschule Ludwigsburg  
**Datum / Ort:** 29. Oktober 2004, 11 bis 16 Uhr, Pädagogische Hochschule Ludwigsburg  
CHICAM ist ein internationales EU-Forschungsprojekt, das von 2001-2004 in London, Rom, Athen, Stockholm, Utrecht und Ludwigsburg durchgeführt wurde. Kinder mit Migrations- und Fluchthintergrund arbeiteten mit visuellen Medien, gaben Einblicke in

ihre Lebenswelten (Schule, Familie, Peer-group, Mediennutzung) und tauschten ihre Videos über ein projektinternes Intranet aus. Das Projekt verfolgte das Ziel, das Potenzial neuer Medien für interkulturelle Kommunikation, Reflexion und Integration zu untersuchen.

**Informationen / Anmeldung:** [holzwarth\\_peter@ph-ludwigsburg.de](mailto:holzwarth_peter@ph-ludwigsburg.de)

### Fachkonferenz

**Titel:** VI. Fachkonferenz „Interkulturelle Ausbildung der Erzieher und Erzieherinnen in Fachschulen für Sozialpädagogik und Berufskollegs NRW“

**Datum / Ort:** 13. Oktober 2004, 10:00 Uhr, Sophie-Scholl-Berufskolleg, Duisburg

**Inhaltlicher Schwerpunkt:** Erörterung des Interkulturellen Profils des neuen Lehrplans für die Erzieherausbildung; Aspekte der interkulturellen Ausgestaltung von Lernsituationen und Unterrichtsmaterialien  
**Informationen / Anmeldung:** Dr. José Sánchez Otero: [otero@lzz-nrw.de](mailto:otero@lzz-nrw.de)

### Fachtagung

**Titel:** Sprachförderung im Elementarbereich: Aktueller Stand der wissenschaftlichen Debatte; Konzepte, Methoden und vorläufige Bilanz

**Datum / Ort:** 8. November 2004, 10:00 Uhr, Solingen  
**Information / Anmeldung:** Dr. José Sánchez Otero: [otero@lzz-nrw.de](mailto:otero@lzz-nrw.de)

### Tagung

**Titel:** Demographische Alterung - gestern, heute, morgen  
**Veranstalter:** Arbeitskreis „Bevölkerungswissenschaftliche Methoden“ der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V.

**Datum / Ort:** 4.-5. November 2004, Schloss Schönborn bei Bensheim

**Informationen /Anmeldung:** [www.demographie-online.de](http://www.demographie-online.de), E-Mail: [DGDmail@gmx.de](mailto:DGDmail@gmx.de)



## Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e.V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin, Tel.: +49 30 456 3173, Fax: +49 30 92400 996, E-Mail: [MuB@network-migration.org](mailto:MuB@network-migration.org); [MuB@hwwa.de](mailto:MuB@hwwa.de); ISSN: 1435-7194

Kooperationspartner: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)

Redaktion: Antje Scheidler (verantw.), Stefan Alscher, Marcus Engler, Gunnar Geyer (HWWA), Rainer Münz, Veyssel Özcan, Jan Schneider (i.A. der bpb), Christoph Wöhrle

Bestellung: [www.migration-info.de/kontakt](http://www.migration-info.de/kontakt) oder [hwwa@hwwa.de](mailto:hwwa@hwwa.de)

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb und des HWWA wieder. Der Abdruck von Artikeln, Grafiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten.

Weitere Online-Ressourcen: [www.network-migration.org](http://www.network-migration.org), [www.bpb.de](http://www.bpb.de), [www.migration-research.org](http://www.migration-research.org)

Dieser Newsletter und alle bisher erschienenen Artikel sind online verfügbar unter: [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de)